

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(10. Sitzung am 15. August 2013)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. **Entwurf eines Gesetzes über Gebietsänderungen der Städte Cuxhaven und Norderney sowie der Gemeinde Neuuharlingersiel**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/335](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Im Anschluss erläuterten die Fraktionen der SPD und der Grünen ihren vorgelegten Änderungsvorschlag (Vorlage 1) zur Erweiterung des Gesetzentwurfes um eine Regelung zur Verlängerung des vorläufigen Verzichts auf die Wahl der Landrätin oder des Landrates des Landkreises Osterode am Harz. Der Ausschuss nahm die Beratung des erweiterten Gesetzentwurfes auf und kam überein, die Beratung nach der Erarbeitung einer Vorlage durch den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst fortzusetzen. Er kam ferner überein, die Beratung so rechtzeitig abzuschließen, dass der Gesetzentwurf im September-Plenum abschließend beraten werden kann.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Jagdsteuer**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 17/275](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen und beschloss mehrheitlich, zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2012/2013 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2013)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/325](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich dem Votum des federführenden Ausschusses einstimmig an, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes in der Fassung der Vorlage 1 zu empfehlen.

4. a) **Unterrichtung durch die Landesregierung über Ermittlungen zu einem facebookbasierten Angebot zum Download einer polizeiinternen Datei mit einer „Vorauslage“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, die Unterrichtung fortzusetzen, wenn Ermittlungsergebnisse vorliegen.

b) **Unterrichtung durch die Landesregierung über Ermittlungen in Zusammenhang mit der Festnahme eines Schleppers in Twistringen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Absatz 2 Niedersächsischer Verfassung -
Abschiebung der kosovarischen Familie Osmani am 23. Februar 2013**

- a) **Beschluss nach § 95 a GO LT über die Vertraulichkeit der mit Schreiben des Ministeriums für Inneres und Sport vom 23. Juli 2013 (weitergeleitet an die Ausschussmitglieder durch Schreiben der Landtagsverwaltung vom 28. Juli 2013) vorgelegten Akten**
- b) **Erweiterung des Vorlagebegehrens**

Der Ausschuss erörterte das Aktenvorlagebegehren und die vorgelegten Unterlagen. Zu a) beschloss er mehrheitlich, die vom MI bezeichneten Passagen für vertraulich zu erklären. Dazu lag ein Antrag der CDU-Fraktion vor, zwei Fraktionsmitarbeitern gemäß § 95 a Abs. 5 GO LT die Einsichtnahme in diese Akten zu gestatten. Der Ausschuss nahm die Beratung dieses Antrags auf und bat den GBD um eine Stellungnahme zu den Voraussetzungen der Anwendung dieser Geschäftsordnungsvorschrift. Unter b) schlossen sich aus allen Fraktionen weitere Mitglieder des Ausschusses dem zusätzlichen und bereits von vier Mitgliedern des Ausschusses unterzeichneten Aktenvorlagebegehren an.

6. **Beschlussfassung über den Unterrichtungswunsch der CDU-Fraktion zu einer Auseinandersetzung mit Schusswaffengebrauch in der Nacht zum 24. Juli 2013 in Salzgitter-Lebenstedt**

Der Ausschuss erörterte den Antrag und bat die Landesregierung einstimmig, ihn zu diesem Thema zu unterrichten.

7. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Desktopmanagement nach Beendigung der Kooperation mit T-Systems**

Der Ausschuss entschied aus Zeitgründen einstimmig, die Unterrichtung auf die für den 22. August 2013 vorgesehene Sitzung zu verschieben. Er kam ferner einmütig überein, für die Unterrichtung einen vertraulichen Sitzungsabschnitt anzuberaumen.

8. **Mehr Menschlichkeit in der Härtefallkommission**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/174](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

9. **Planungssicherheit statt Stillstand bei Kommunalreformen „von unten“**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/271](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Ein Antrag der CDU-Fraktion, zu diesem Thema eine Anhörung durchzuführen, wurde zurückgestellt. Der Ausschuss kam überein, sich in der für den 22. August 2013 vorgesehenen Sitzung durch die Landesregierung zu diesem Thema unterrichten zu lassen.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

10. **Eingaben**

Der Ausschuss behandelte zwei Eingaben.